WP-4-291 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Helle Sönnecken (KV Hochsauerland)

Text

Von Zeile 291 bis 295:
zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. ~~Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen~~Hierfür wird es wichtig sein, dass adäquate rechtliche Grundlagen, auch im Bereich der Psychiatriekoordination, Suchtkoordination, sowie Behindertenkoordination, geschaffen und die ~~Angebote~~gesetzliche Verankerung und standardmäßige Förderung von der Implementierung Gemeindepsychiatrischer Verbünde gefördert werden. Wir unterstützen ein gleichberechtigtes Miteinander von Betroffenen, Angehörigen und Professionellen im Sinne einer inklusiven Sicht psychiatrischen Denkens und Handelns und setzen uns damit gegen die Stigmatisierung psychisch Erkrankter ein. Wir setzen uns darüber hinaus für eine flächendeckende ausreichende Versorgung von ambulanter Psychotherapie in der Stadt und in ländlichen Regionen ein. Wir bauen die Möglichkeit digitaler Sprechstunden und Behandlungsportale im Bereich Beratung und therapeutischer Angebote aus. Wir beziehen Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab. Da immer mehr Kinder und Jugendliche nach einer ADHS-Diagnose frühzeitig mit Medikamenten behandelt werden, unterstützen wir die Leitlinien der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK), welche eine Aufklärung der Eltern, des Kindes und der Lehrer, Elterntraining und Familientherapie, sowie Interventionen im Kindergarten oder in der Schule beinhaltet. Dabei sollten auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Ausprägung von ADHS beitragen, kritisch betrachtet und verändert werden.

Begründung

Obwohl das Wissen um ADHS und ihre Behandlung sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat, ist es notwendig, präventive, diagnostische und therapeutische Maßnahmen weiter auszubauen. In der Öffentlichkeit sind Fehlinformationen über das Störungsbild und seine Behandlung immer noch weit verbreitet. Eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit ist daher notwendig.

Unterstützer*innen

Liliane Schafiyha-Canisius (KV Hochsauerland); Stefan Slembrouck (KV Hochsauerland); Reiner Neumann (KV Duisburg); Marjan Frauke Eggers (KV Mark); Katrin Disselhoff (KV Hochsauerland); Hadewich Eggermont (KV Hochsauerland); Winfried Müller (KV Hochsauerland); Hubertus Canisius (KV Hochsauerland); Angela Degner (KV Hochsauerland); Jan Hense (KV Soest); Nicole Lucciardi (KV Soest)